

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 4/2018 · 64. Jahrgang G2977



Sicherheit

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt Sicherheit	
Kampf gegen Alltagskriminalität	5
Kinder im Internet besser schützen	7
Mehr Frauen braucht die Polizei	8
Frau im Gespräch	
Die Ernte einfahren Anja Karliczek	10
Frau & Info	11
Textilbündnis	
Transparenz im Textilsektor	12
Frau vor Ort	
Mitreden. Wo drückt frau der Schuh?	13
CDU- Grundsatzprogramm	
Brauchen wir eine allgemeine Dienstpflicht?	14
Impressum	11



Liebe Frauen,

am ersten Tag im Plenum des Deutschen Bundestages nach der parlamentarischen Sommerpause hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble kluge Worte zu den Gewalttaten und Demonstrationen der vergangenen Wochen gefunden. Das Gewaltmonopol des Staates und die Durchsetzung des Rechts sind nicht relativierbar.

Der Schlagabtausch in der Generaldebatte über den Haushalt hatte nach den Ereignissen in Chemnitz und Köthen eine neue Qualität. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte, dass es keine Entschuldigung und Begründung für Hetze, Gewalt, Naziparolen und für Angriffe auf Polizisten geben dürfe. Wer gegen die Menschenwürde verstoße, der lege die Axt an die Wurzeln unseres Zusammenlebens.

Mit der AfD ist wieder eine Partei im Bundestag vertreten, der zu Recht vorgeworfen wird, die Grenzen zum Rechtsextremismus nicht mehr klar zu ziehen. Die Rhetorik und das Gedankengut Einzelner knüpfen immer stärker an längst überwunden geglaubte Zeiten an. AfD-Mitglieder, die bislang beteuert haben, dass sie lediglich eine konservativere Politik einfordern, müssen sich nach den gemeinsamen Demonstrationen in Chemnitz mit Rechts-extremen und Rechtsradikalen fragen lassen, ob sie noch auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Deutliche Ansagen sind notwendig, auch mit Wirkung in unsere eigene Partei. Vereinzelte Aussagen zu Muslimen in der CDU waren falsch, unvereinbar mit unserem Grundsatzprogramm und entwerten den Einsatz aller Muslime, die sich in der CDU engagieren.

Viele Menschen sind zutiefst verunsichert: Die Finanzkrise, islamistischer Terrorismus, die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge in kurzer Zeit und das Erstarken rechts-nationaler Bewegungen in vielen Ländern beunruhigen. Ich habe Verständnis für Menschen, die vor zu vielen und schnellen Veränderungen in ihrer Lebens- und Erfahrungswelt zurückschrecken. Dennoch: Der gesellschaftliche Wandel ist ein steter Prozess. Wir müssen für ein gutes und tolerantes Miteinander werben und arbeiten.

Diese Debatten haben die ersten Schritte zur Umsetzung des Koalitionsvertrages leider etwas in den Hintergrund rücken lassen. Dabei gibt es erhebliche positive Wirkungen für Frauen. Die neuesten Zahlen der Deutschen Rentenversicherung zur Entwicklung der Rente von Frauen sind ein echter Erfolg. Die höhere Mütterrente und mehr Erwerbsbeteiligung haben für einen deutlichen Anstieg bei den Renten von Frauen gesorgt. Die durchschnittlichen Bezüge von Frauen in Deutschland, die neu in Rente gehen, sind in den vergangenen vier Jahren um ein Drittel gestiegen. Betrug die durchschnittliche Einstiegsrente 2013 noch rund 546 Euro, lag sie im Jahr 2017 bei rund 716 Euro. Die Ausweitung der Mütterrente war immer ein Anliegen der Frauen Union. Mit dem im Bundeskabinett bereits beschlossenen Rentenpaket wird die Mütterrente weiter ausgebaut. Bei allen Erziehenden von vor 1992 geborenen Kindern sollen 6 Monate (0,5 Entgeltpunkte) mehr angerechnet werden. Damit wird die rentenrechtliche Anerkennung der Erziehungsleistung der Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind, weiter verbessert. Das trägt dazu bei, die eigenständige Alterssicherung von Frauen zu stärken.

Die Frage nach einer Stärkung des Gemeinsinns durch einen Dienst an der Gemeinschaft – ob freiwillig oder verpflichtend – bewegt viele Menschen in der CDU. Bei der Zuhör-Tour im Rahmen des Prozesses um ein neues CDU-Grundsatzprogramm kam das Thema oft zur Sprache. Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat daher Anfang August das Thema aufgegriffen und damit weit über die Partei hinaus eine Debatte angestoßen. Es gibt zahlreiche Vorschläge zu Dienstpflicht, Wehrpflicht, Freiwilligendiensten oder mehr bürgerschaftlichem Engagement. Aus der Diskussion in der Partei sollen Leitfragen für die Entwicklung eines neuen CDU-Grundsatzprogramms gemacht werden. Unsere stellvertretenden FU-Vorsitzenden Hedi Thelen und Ingrid Petzold haben dazu in dieser Ausgabe die Pro und Contra-Argumentation zu einer allgemeinen Dienstpflicht übernommen.

Impressionen der Zuhör-Tour bei der Frauen Union mit der CDU Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer finden Sie auf der Rückseite unseres Magazins. Wir hatten eine lebhafteste Diskussion über die Fragen, die uns Frauen besonders bewegen. Die Mitglieder der Frauen Union hatten so unmittelbar die Möglichkeit, ihre Anregungen und Themen mit in die Entwicklung des neuen Grundsatzprogramms der CDU einzubringen.

Es ist mir ein zentrales Anliegen, den CDU-Grundsatzprogrammprozess als Frauen Union mitzugestalten. Deshalb werden wir Sie dazu auch künftig in der Frau & Politik auf dem Laufenden halten.

Unseren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern der CDU Hessen und unserer Schwesterpartei in Bayern wünsche ich viel Erfolg!

Hervorhebt,

Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Starker Staat

„Sicherheit“ bedeutet nach einer Begriffsdefinition des Dudens: Zustand des Sicherseins, Geschütztseins vor Gefahr oder Schaden; höchstmögliches Freisein von Gefährdungen. Eine freie Gesellschaft braucht einen handlungsfähigen und starken Staat, um diese Herausforderung zu meistern.

Wie stärken Bund und Länder die Justiz? Wie kann Alltagskriminalität stärker bekämpft werden? Was wird für eine bessere Ausstattung der Polizei getan? Der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Stephan Harbarth gibt Antworten.

Wie stärken wir den Kinderschutz in den digitalen Medien gerade im Bereich der Kinderpornografie? Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann hat konkrete Vorschläge.

Wie können mehr Frauen für den Polizeidienst begeistert werden? Wie sind die Arbeitsbedingungen von Frauen bei der Polizei? Welchen Vorteil hat es, wenn Männer und Frauen bei der Polizei sind? Die Frauenbeauftragte der Deutschen Polizeigewerkschaft, Polizeihauptkommissarin Sabine Schumann wirbt für den Polizeidienst.



Sicherheit ist nicht allein Terrorabwehr und Extremismusbekämpfung. Es geht auch um das Gefühl, sich überall in der Öffentlichkeit bewegen zu können und sich in seiner Wohnung oder seinem Haus sicher zu wissen.

Kampf gegen Alltagskriminalität

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Die Zahl der verübten Straftaten ist im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Wert seit 1992 gefallen, und wir in der Union wollen alles dafür tun, dass diese Entwicklung sich auch in Zukunft fortsetzt.

In der Sicherheitspolitik gibt es stets neue Bedrohungen, auf die es Antworten zu finden gilt. Gegenwärtig zählt dazu insbesondere der islamistische Terrorismus, bei dessen Bekämpfung wir uns auf ein langes Ringen einstellen müssen. Aber auch vom Links- und Rechtsextremismus, das zeigen die Geschehnisse beim G-20 Gipfel in Hamburg und jetzt in Chemnitz, gehen erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit aus. Wir können es unter keinen Umständen dulden, dass Extremisten den öffentlichen Raum besetzen oder dass versucht wird, das Gesetz selbst in die Hand zu nehmen. Dafür gibt es in unserem Rechtsstaat keinen Platz. Wir müssen hier mit allen Mitteln bereits den Anfängen ganz entschieden wehren.

Auf die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit haben und werden wir auch in Zukunft mit einem Dreiklang antworten: Es geht erstens um einen deutlichen Personalaufwuchs. Bereits in der letzten Legislaturperiode wurden fast 10.000 neue Stellen bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und den weiteren Sicherheitsbehörden des Bundes beschlossen. Diesen Personalaufwuchs setzen wir fort. Bis 2021 sollen im Bund weitere 7.500 Stellen geschaffen werden, einen ersten Schritt dazu haben wir mit dem Bundeshaushalt 2018 getan. Zweitens haben und werden wir verstärkt in die Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden investieren und sie drittens

auch mit neuen Befugnissen ausstatten und Gesetze dort verschärfen, wo es notwendig ist.

Die Opposition hat in jedem einzelnen unserer Gesetze stets nur einen Anschlag auf die Freiheitsrechte erkennen wollen. Sie hat im Bundestag deshalb gegen jedes einzelne Gesetz gestimmt, oftmals getragen von einem erkennbaren Misstrauen gegenüber unseren Sicherheitsbehörden, von dem sich unsere Haltung klar unterscheidet. Wir sind der Überzeugung, dass die Polizei Anspruch auf unsere Solidarität hat, gerade dann, wenn es ernst wird. Wir in der Union wissen, dass sie jeden Tag den Kopf für uns hinhält. Ihr gebührt kein Misstrauen, sondern Dank, Anerkennung und Respekt! Und ich freue mich deshalb sehr, dass es uns im vergangenen Jahr gelungen ist, den strafrechtlichen Schutz für unsere Polizei und Einsatzkräfte zu verbessern.

Sicherheit ist aber nicht allein Terrorabwehr und Extremismusbekämpfung. Es geht auch um das Gefühl, sich überall in der Öffentlichkeit bewegen zu können und sich in seiner Wohnung oder seinem Haus sicher zu wissen. Nicht minder wichtig ist deshalb der Kampf gegen das, was oft beschönigend „Alltagskriminalität“ genannt wird.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass sich Menschen in ihrem Alltag einschränken, weil sie Sorge haben, zu bestimmten Uhrzeiten oder an bestimmten Orten Opfer von Übergriffen zu werden. Dabei setzen wir auch auf einen verstärkten Einsatz der intelligenten Videotechnik mit Gesichtserkennung, wie wir sie derzeit in Berlin am Bahnhof Südkreuz erproben. Sicherlich: Videotechnik ist kein Allheilmittel. Gleichwohl kann sie in einer Vielzahl



Foto: AA+W/adobe-Stock.com

von Fällen einen sehr wichtigen Beitrag zur Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten leisten, denn kein Straftäter ist scharf auf scharfe Bilder seiner Tat. Die Ausweitung der Videotechnik wird in allen Umfragen auch von der Bevölkerung nachhaltig unterstützt.

In Zusammenhang mit der sogenannten „Alltagskriminalität“ muss uns auch zu denken geben, dass in Deutschland alle dreieinhalb Minuten in eine Wohnung eingebrochen wird. Es geht beim Thema Wohnungseinbruch nicht „nur“ um den materiellen Schaden. Für viele Opfer ist ein Einbruch in die Intimsphäre der Wohnung eine traumatische Erfahrung. CDU und CSU haben deshalb die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls ins Zentrum ihrer Arbeit gerückt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Prävention. Fast die Hälfte der Einbruchsversuche wird abgebrochen, wenn Schutzvorkehrungen vorhanden sind. Aus diesem Grund haben wir ein staatliches Förderprogramm für einbruchshemmende Baumaßnahmen ins Leben gerufen und die Mittel in diesem Jahr auf 65 Millionen Euro pro Jahr deutlich erhöht. Unsere Fraktion war es auch, die der SPD abringen konnte, den Wohnungseinbruch härter zu bestrafen. Die Summe der Maßnahmen zeigt inzwischen erste Erfolge: Die Kriminalstatistik wies im Mai erstmals einen deutlichen Rückgang der Wohnungseinbrüche aus, und zwar um fast 25 Prozent.

Dieser Rückgang ist uns Ansporn. Wir wollen die Ermittlungsbefugnisse der Polizei auch in Zusammenhang mit dem Wohnungseinbruchdiebstahl weiter ausdehnen und konnten im Koalitionsvertrag endlich dafür sorgen, dass unsere Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnis-

se im Umgang mit dem Internet wie außerhalb des Internets erhalten. Es darf bei der Verbrechensbekämpfung doch keinen Unterschied machen, ob ein Straftäter telefoniert, sich einer klassischen SMS bedient oder aber WhatsApp nutzt!

Von besonderer Bedeutung wird sein, dass wir in dieser Wahlperiode auch die Justiz deutlich stärken. Im Koalitionsvertrag hat die Union deshalb als großes Gemeinschaftsprojekt von Bund und Ländern den „Pakt für den Rechtsstaat“ verankert, der auf vier Säulen ruht: Mehr Personal – wir wollen 2000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte sowie weitere Stellen für das sie unterstützende Personal schaffen; eine bessere Ausstattung – hier geht es insbesondere um die Digitalisierung der Verfahrensabläufe in der Justiz; eine Stärkung des Opfer-schutzes und ein besserer gesetzlicher Rahmen, mit dem wir die Gerichtsverfahren beschleunigen und Schluss machen mit Kettenbewahrungen. Deshalb wollen wir klarstellen, dass keine Bewahrung mehr verhängt werden darf, wenn eine Straftat während einer laufenden Bewahrung begangen wurde.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns mit diesen Maßnahmen in dieser Wahlperiode gelingen wird, das Profil der Union in der Innen- und Rechtspolitik zu stärken und die Sicherheit der Menschen in unserem Land weiter zu verbessern. Die Innen- und Rechtspolitiker der Bundestagsfraktion hoffen dabei auf Ihre Unterstützung!

Dr. Stephan Harbarth MdB ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kinder im Internet besser schützen



Foto: Sabrina Feige

Die hessische Justizministerin
Eva Kühne-Hörmann fordert eine
Kinderschutz-Clearing-Stelle.

Kinderrechte, Kindeswohl und der Schutz von Kindern sind wichtige politische Anliegen, die in der praktischen Umsetzung eine große Herausforderung darstellen. Denn so dicht das Netz schützender und fürsorgender Regelungen auch sein mag, die eigentliche Aufgabe ist es, das tägliche behördliche und gerichtliche Zusammenwirken so auszugestalten, dass ein wirksamer staatlicher Schutzschild zum Schutz der Kinder entstehen kann. Ausgangspunkt unserer Bemühungen ist das grundlegende Recht von Kindern, frei von Gewalt jeder Art aufzuwachsen. Dies gilt in der Familie ebenso wie in Institutionen. Bereits im Jahr 2012 hat Hessen deshalb einen ressortübergreifenden Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Institutionen verabschiedet, der seitdem kontinuierlich fortentwickelt wird. In der Umsetzung bedeutet dies ein vernetztes Zusammenwirken aller beteiligten Institutionen und Aufsichtsbehörden, in deren Umsetzung Verhaltens- und Verfahrensstandards geschaffen, die Aus- und Fortbildung gestärkt und Beratungs- und Hilfsangebote für Missbrauchsoffer verbessert wurden.

Neben diesen praktischen Erwägungen standen in den letzten Jahren immer wieder auch rechtspolitische Themen auf der Tagesordnung. Erwähnt sei zum Beispiel die Anhebung des Mindestalters für Eheschließungen von 16 auf 18 Jahre, welches Hessen im Rahmen der Diskussion um das Verbot von Kinderehen ausdrücklich einforderte.

In einem Bereich ist Deutschland aber nach wie vor legislatives Entwicklungsland: Seit Jahren debattieren wir die richtigen Rezepte im Kampf gegen Kinderpornografie im Internet und seit Jahren muss man dazu viel Überzeugungsarbeit für kleine Erfolge leisten.

Dabei wächst das Problem stetig. Seit Jahren verzeichnen die Staatsanwaltschaften steigende Fallzahlen, immer jünger werdende Opfer und ein immer gewalttätigeres Vorgehen der Täter. Auch wenn in den letzten Jahren insbesondere durch die hessische Zentralstelle zur Bekämpfung von Internetkriminalität (ZIT) in guter Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt (BKA) teils spektakuläre Ermittlungserfolge erreicht wurden, ist nach wie vor davon auszugehen, dass das Dunkelfeld gerade im Bereich der Kinderpornografie besonders hoch ist. Oftmals beruhen die Ermittlungserfolge in Deutschland auf Erkenntnissen, die in anderen Ländern gewonnen wurden. Auch die Annahme, dass kinderpornografisches Material vor allem außerhalb Deutschlands hergestellt und vertrieben wird, ist schlicht falsch. Deutschland ist ein großer Markt und es gibt auch hier Menschen, die skrupellos kinderpornografisches Material herstellen und in Umlauf bringen, wie die aktuellen Erkenntnisse deutlich machen.

Wir müssen deshalb auch die Konsumenten von kinderpornografischem Material in den Fokus nehmen. Der Strafraum bei Eigenbesitzverschaffung von kinderpornografischem Material muss von derzeit drei Jahren auf fünf Jahre erhöht werden. Denn es kann nicht sein, dass der einfache Ladendiebstahl mit einem höheren Strafraum belegt ist, als das sich Verschaffen von teilweise tausenden kinderpornografischen Dateien.

Kinder, die sich in Chatforen oder in sozialen Netzwerken bewegen, sind einer erheblichen Gefahr ausgesetzt, Opfer sexueller Übergriffe zu werden. Das gilt auch für solche Foren, die sich speziell an Kinder richten. Die Gefährdungen bestehen darin, dass ältere Personen, zu-



Foto: Africa Studio/adobe.Stock.com

meist Erwachsene, sich als Kinder oder Jugendliche ausgeben. Sie versuchen, das Vertrauen von Kindern zu erschleichen und diese durch List und Überredung oder Drohungen zu veranlassen, sexuelle Handlungen vorzunehmen oder sich unbekleidet zu zeigen.

Diese Handlungen sind oft sehr schwer zu ermitteln. Denn aus Scham oder Angst offenbaren sich die Kinder häufig nicht den Eltern. Eine wirksame Verfolgung des sogenannten „Cybergrooming“ mittels Initiativermittlungen durch die Strafverfolgungsbehörden ist nur dann möglich, wenn eine Strafbarkeit des untauglichen Versuchs geschaffen wird. Ermittlern muss also gestattet werden, sich als Kinder oder Jugendliche auszugeben und so faktisch auf Internetstreife durch die entsprechenden Foren zu gehen und entsprechende „Anmachen“ auch verfolgen zu können.

Letztlich schlage ich die Schaffung einer Kinderschutz-Clearing-Stelle vor. Internetdienstanbieter in Deutschland sollten, wie auch in anderen Ländern, dazu verpflichtet werden, Zufallsfunde oder Hinweise von Nutzern auf kinderpornografisches Material an eine Kinderschutz-Clearing-Stelle zu übergeben und danach die Inhalte zu löschen. Allein aus den USA erhalten die deutschen Behörden auf diese Weise über 30 000 Hinweise jährlich. Dies umfasst einen großen Teil der einschlägigen Verfahren in Deutschland. Auch für die Opfer wäre es eine unkomplizierte Möglichkeit, diese Inhalte löschen zu lassen. Darüber hinaus könnte die Kinderschutz-Clearing-Stelle weitere Aufgaben übernehmen. Denn bei den Sicherheitsbehörden sind enorme Datenbestände mit kinderpornografischem Inhalt von früheren Ermittlungsverfahren vorhanden. Diese Bestände werden regelmäßig zur Identifizierung kinderpornografischer Dateien im Rahmen von

Ermittlungsverfahren genutzt. Kinderpornografisch identifizierte Bilder erhalten sog. Hashwerte, also eine eigene Foto-DNA. Tauchen bei einem Verdächtigen große Datenmengen auf, kann man so mit Hilfe der Technik sehr schnell feststellen, ob kinderpornografische Dateien darunter sind. Für Opfer hingegen ist es sehr schwierig und ggf. strafbar selbst danach zu suchen, ob Bilder von sich oder den eigenen Kindern im Darknet vorhanden sind. Eine deutsche Kinderschutz-Clearing-Stelle könnte dieses Problem lösen. Besorgte Eltern oder auch Opfer könnten sich an diese Stelle wenden und so zumindest in Erfahrung bringen, ob Bilder von sich im Umlauf sind. Für die Ermittlungsbehörden wäre dies nicht nur machbar, sondern auch hilfreich. Denn oft kann über das Opfer auch der Täter identifiziert werden.

Sicherlich ist dies nur ein kleiner Ausschnitt notwendiger rechtspolitischer Maßnahmen. Er zeigt aber sehr deutlich, dass es eines gesellschaftlichen Zeichens gegen Kinderpornografie im Internet bedarf. Aktionspläne zum Schutz von Kindern und Kinderrechte in Verfassungen sind wichtig und richtig. Wir dürfen dabei aber auch die praktische Umsetzung nicht vergessen. Dazu gehört, unseren Behörden die Werkzeuge in die Hand zu geben, Kinderrechte, Kindeswohl und den Schutz von Kindern wirksam in der Praxis umzusetzen. Was uns in der realen Welt bisher sehr gut gelungen ist, sollten wir auch in der virtuellen Welt umsetzen. Der Kampf gegen Kinderpornografie im Internet ist deshalb auch ein Einsatz für Kinderrechte, den wir voller Engagement und Leidenschaft führen sollten.

Eva Kühne-Hörmann MdL
ist hessische Justizministerin



Polizei ist keine Hexerei: Frauen lösen die Herausforderungen nicht besser – aber anders!

Mehr Frauen braucht die Polizei!

Auch den Frauen stehen seit Jahrzehnten alle Funktionen in der Polizei offen. Uniformiert sind sie längst im täglichen Dienst angekommen, sie beherrschen schwierigste Einsatzsituationen. Frauen sind auch Führungskräfte, sie führen Dienstgruppen, Dienststellen, Kommissariate, Hundertschaften oder Behörden.

Polizei ist keine Hexerei: Frauen lösen die Herausforderungen nicht besser – aber anders!

In jeder Gesellschaft gibt es Spannungen und Konflikte. Erforderlich hierfür ist eine starke Polizei, um schwierige Situationen zu beruhigen und die staatliche Ordnung durchzusetzen. Da unsere Gesellschaft zur Hälfte weiblich ist, muss die Innere Sicherheit nicht allein den Männern überlassen werden.

Der Polizeiberuf eröffnet den Frauen außergewöhnliche Chancen: ihre Fähigkeiten einzusetzen und zu entfalten, Menschen zu helfen und zu überzeugen. Interessant, vielfältig und anspruchsvoll, das ist Polizei in drei Worten. Leider wird allzu oft ein falsches Bild von Polizistinnen gezeichnet, das der zartbesaiteten, zu unterstützenden, körperlich unterlegenen Uniformträgerin. Also die, die ihren Kollegen, den großen, starken Mann benötigt, um polizeiliche Maßnahmen durchzusetzen. Es sind Vorurteile, also falsch und daher sollten wir uns davon nicht leiten lassen.

Wie man zielgerichtet in der Polizei Karriere machen kann, ist komplex. Männliche stereotype Vorstellungen von Polizistinnen sind auch nach Jahrzehnten immer noch gebräuchlich. Polizistinnen stoßen also gegen unsichtbare Wände, bestehend aus dem festgefügt Image der Behörde, Vorurteilen und leider auch schlichter Unkenntnis über bestehende Rechtslage in Punkto Gleichberechtigung.

„Frauenförderpläne“: Umfangreiche Schriften, sanktionsfrei, unverbindlich. Obwohl die Kenntnis und Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes zum elementaren

Bestandteil des Anforderungsprofils von Führungskräften zählt, ist das Wissen leider kaum vorhanden. Pläne für Frauenförderung daher hehre Ziele, Planwirtschaft wie aus dem „real existierenden Sozialismus“. So funktioniert das nicht, behaupte ich als Kind der ehemaligen „DDR“. Die „Erstbeurteiler“, fast alle sind Männer, sitzen polizeilich gemeinsam sozialisiert beieinander und stellen die erste Hürde beruflicher Entwicklung auf, die dienstliche Beurteilung.

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist en vogue. Klartext: Frau sollte genügsam sein, weil ihr die Möglichkeit dafür eingeräumt und sie als Beamtin gut bezahlt wird. Dieser Sozialisationsprozess wird von vielen Kolleginnen übernommen und sie stellen daher die Karriere vor lauter Verbundenheit zurück. Zufrieden damit, das Kind von der Kita abholen und die Oma rechtzeitig vor der Nachtschicht versorgen zu können. Die Vorgesetzten ändern diese Entwicklung nicht, warum auch. Sämtliche Aktivitäten, sei es ehrenamtliche oder politische Arbeiten werden weder unterstützt noch gefördert. „Frau“ muss sich schon festlegen, wo sie erfolgreich sein will. Bei Männern ist das anders.

Die Polizei braucht politische Druckmittel, um Muster zu bezwingen, die Lebenswirklichkeit zu verändern und um Frauen zu besseren Chancen für ihre berufliche Entwicklung zu verhelfen.

Wir brauchen weibliche Konfliktlösungskompetenz bei der Polizei, denn „da, wo Männer schwungvoll die Türen auftreten, wissen wir Frauen, wo die Schlüssel liegen“.

Sabine Schumann ist Bundesfrauenbeauftragte und Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Polizeihauptkommissarin



Eine Pragmatikerin ist seit März Bildungs- und Forschungsministerin. Anja Karliczek erlebt Politik aus neuer Perspektive – und hat sich einiges vorgenommen.

Die Ernte einfahren

Wenn Anja Karliczek aus ihrem Berliner Bürofenster schaut, hat sie einen tollen Blick über die Spree auf das Kanzleramt und das imposante Reichstagsgebäude. „Ja, der Perspektivwechsel ist das Erste, was man in so einem Ministeramt lernen muss. Als Abgeordnete guckt man stärker auf das Binnengeschäft im Parlament und im Wahlkreis“, schildert die CDU-Politikerin, bisher Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion. „Als Ministerin ist man hingegen Teil der Bundesregierung und damit eben auch mit in der Verantwortung für das ganze Land.“ Seit einem guten halben Jahr sitzt Karliczek als Bildungs- und Forschungsministerin mit am Kabinetttisch, und die Erwartungen an die 47jährige sind hoch.

Die ersten Monate wurden ihr nicht nur leicht gemacht: Neben viel Neugier auf die große Unbekannte im neuen Kabinett schlug ihr auch teilweise aus Forschungsinstituten und Medien Skepsis entgegen. Eine gelernte Hotelfachfrau, Bankkauffrau und Betriebswirtin im Fernstudium ohne Professoren- oder Dokortitel – kann das überhaupt gut gehen? Seit sie sich entschied, eine langjährige Staatssekretärin auszutauschen, um eigene Akzente zu setzen, ist auch im Ministerium die Erwartung an die Neuausrichtung wichtiger Bildungs- und Forschungsfragen groß.

Man sollte Karliczek nicht unterschätzen, nur weil sie zunächst als Neuling ins Amt kam. Es reicht eigentlich, sich klarzumachen, was ein betriebswirtschaftliches Fernstudium neben drei Kindern, einem laufenden Hotelbe-

trieb und mit einem Ehemann, der als Pilot ständig auf Reisen ist, bedeutet. Damit nicht genug: als Bundestagskandidatin gewann Anja Karliczek 2013 und 2017 mit 47 bzw. 44 Prozent Erststimmen souverän das Direktmandat im Tecklenburger Land im nördlichen Westfalen. Im Bundestag wurde sie bereits in ihrer ersten Wahlperiode zur Parlamentarischen Geschäftsführerin gewählt – ein Posten, auf den andere Abgeordnete viele Jahre lang hinarbeiten. „Das hat mich sehr gefreut, da war ich schon stolz drauf, weil mir mit dieser Wahl nicht nur großes Vertrauen geschenkt wurde, sondern meine politische Arbeit damit anerkannt wurde“, erzählt die Ministerin. Es war ein Durchbruch auf ihrem politischen Lebensweg.

Ursprünglich kam die Katholikin Karliczek, deren zwei Brüder jetzt das Familienhotel allein leiten, über die Junge Union 1998 zur CDU: „Ich habe mich schon damals aufgrund der eigenen Situation für den Ausbau der Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stark gemacht. Politik erschien mir der einzige Weg, dort wirklich Verbesserung zu erreichen.“ Sie blieb im politischen Geschäft und setzte sich in kurzer Zeit in Führungspositionen durch. Männliche Statusspiele hat sie dabei nach eigenem Bekunden kaum erlebt, aber durchaus manchmal „gönnenhaftes Gehabe“ durch ältere Kollegen. Karliczek ist klar Verfechterin der Frauenquote: „Es hat sich leider gezeigt, dass sich sonst nicht genug bewegt. Das Ziel wäre es, dass die Quote eines Tages einfach überflüssig ist, aber das ist noch ein langer, steiniger Weg.“ Es ist auch eine Aufgabe im eigenen Ministerium.

frau & info

Eine größere Herausforderung dürften aber die aktuellen Vorhaben ihres Bildungs- und Forschungsministeriums (BMBF) darstellen: Die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie, die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates zwischen Bund und Ländern, eine Bafög-Novelle, die Nachfolge des Hochschulpakts, ein Berufsbildungspakt und nicht zuletzt der Digitalpakt Schule, an dem Bund und Länder gemeinsam arbeiten – um nur einige Aufgaben zu nennen. Allein sieben Bund-Länder-Vereinbarungen stehen an. Anja Karliczek: „Wir haben im Hintergrund sehr hart gearbeitet. Mit etwas Glück können wir bald die erste Ernte einfahren.“

Auch Bildungs- und Wissenschaftspolitik macht nicht immer nur Spaß, obwohl Karliczek von der Vielfalt der Themen begeistert ist. Aber es geht auch um viel Geld, für das sich nicht nur die Länder, sondern ganz verschiedene Projektträger interessieren. Karliczek sieht das gelassen, sie baut auf ihre Kommunikationsfähigkeit und setzt gerne Signale nach dem Motto „Was du nicht willst, das man dir tu“, das fügen auch keinem anderen zu.“

Dennoch: Sie wird bei den großen Vorhaben bald ein paar Erfolge vorweisen müssen. Karliczek gilt als pragmatisch und ungeduldig – beides Eigenschaften, die ihr dabei helfen könnten. Immerhin sind die anfänglichen Kritiker bereits spürbar leiser geworden. Daneben schaut die Unionspolitikerin aber auch auf Grundprobleme der Bildungspolitik und scheut sich nicht – Föderalismus hin oder her – die Länder mit grundsätzlichen Impulsen anzustoßen, die viele Eltern und Ausbilder umtreiben: „Wir müssen wieder mehr auf Rechtschreibung achten! 7,5 Millionen funktionale Analphabeten sind ein Armutszeugnis für unser Land. Richtig schreiben können, Zeichensetzung, mathematische Grundfertigkeiten, digitale Bildung – all das sind Grundvoraussetzungen für unseren Wohlstand.“ Manchmal beginnen die großen Dinge im Kleinen.

Vera Schalck

familienportal.de

Informationen
für alle
Lebenslagen



Das Serviceportal des
Bundesfamilienministeriums



Seit Ende Juni 2018 ist es unter www.familienportal.de erreichbar. Familien finden hier zuverlässig und gut erklärt alle wichtigen Informationen zu staatlichen Leistungen, die sie in ihrem Alltag unterstützen. Das sind finanzielle Leistungen wie Elterngeld oder Kindergeld, aber auch Regelungen wie Elternzeit oder Mutterschutz. Neu ist, dass sich das Familienportal an den unterschiedlichen Lebenslagen von Familien, wie zum Beispiel „Kinder und Jugendliche“ oder „Familie und Beruf“ orientiert und so aufgebaut ist, dass Nutzerinnen und Nutzer die gewünschte Information mit nur wenigen Klicks finden. Die beliebten Online-Services des BMFSFJ wie der Kinderzuschlag-scheck oder der Elterngeldrechner sind ab sofort über das Familienportal abrufbar.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.



Gemeinsam geht es voran – national wie international. 2019 kommt der „Grüne Knopf“.

Transparenz im Textilsektor

Als 2013 die Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch einstürzte und mehr als 1.100 Menschen unter sich begrub, wurde auch hierzulande einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, dass unsere Kleidung oft unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt wird. Deutschland trägt als einer der weltweit größten Märkte für Textilien eine besondere Verantwortung gegenüber den Arbeitern in den Produktionsländern. Es sind zum Großteil junge Frauen, die als Näherinnen in oft maroden Gebäuden ohne Sicherheitsvorkehrungen, Brandschutzmaßnahmen und Fluchtwegen, und für einen Lohn, der kaum zum Leben reicht, unsere Kleidung produzieren.

Bundesminister Müller rief 2014 das Bündnis für nachhaltige Textilien ins Leben, an dem sich eine Vielzahl von Akteuren (Unternehmen, Verbände, NROs, Gewerkschaften, Bundesregierung u.a.) beteiligt. Das Textilbündnis hat derzeit ca. 130 Mitglieder, die ca. die Hälfte des deutschen Textileinzelhandelsmarkts abdecken. Seine Mitglieder setzen sich individuell und gemeinsam für eine Verbesserung der sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen vom Rohstoff bis zum Kleiderschrank ein.

Das Textilbündnis setzt auf Transparenz im Textilsektor. Fortschritte von Unternehmen bei der Verbesserung der sozialen und ökologischen Bedingungen in ihren Lieferketten sollen für Verbraucher nachvollziehbar sein. Das ist europaweit einmalig: Jedes Mitglied verpflichtet sich, jährlich einen Maßnahmenplan zu erstellen, in dem konkrete Aktivitäten festgelegt sind, mit denen das Unternehmen die Produktion seiner Textilien nachhaltiger und fairer gestalten will. Für 2018 haben sich die Mitglieder ca. 1.300 Maßnahmen vorgenommen. Alle Maßnahmenpläne werden dieses Jahr erstmals veröffentlicht, ab 2019 gilt das auch für jährliche Fortschrittsberichte. Und auch das ist einmalig: Der Beitritt zum Textilbündnis ist freiwillig, aber das Erreichen der selbst gesetzten Ziele ist

verpflichtend. Und die durch die Fortschrittsberichte hohe Transparenz sorgt dafür, dass die Ziele ambitioniert sind und auch entsprechend große Anstrengungen unternommen werden, um sie zu erreichen.

Neben den individuellen Anforderungen arbeiten die Bündnismitglieder auch gemeinsam an der Umsetzung von Bündnisinitiativen in Produktionsländern. Eine Initiative im Süden Indiens zielt auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen junger Arbeiterinnen in über 300 Baumwollspinnereien. Hier gehen unterschiedliche Akteure spezifische Herausforderungen strukturell an und sorgen für Veränderung direkt vor Ort. Ich bin davon überzeugt, dass gemeinsame Lösungen am wirksamsten sind, auch wenn die Aushandlungsprozesse im Textilbündnis zum Teil herausfordernd und langwierig sein können.

Globale Herausforderungen entlang der Textil-Lieferkette können nur unter Einbindung nationaler Akteure erfolgreich angegangen werden, um so gemeinsam Verbesserungen in den Produktionsländern zu bewirken. Strategische Kooperationen auf internationaler Ebene, wie mit der niederländischen Textil-Initiative (AGT) und der Fair Wear Foundation, stärken die Schlagkraft des Bündnisses.

Einen wichtigen Hebel sehe ich auch bei den Verbrauchern selbst: deshalb wird das BMZ 2019 den „Grünen Knopf“ als Dachsiegel einführen. Dann kann jeder in Deutschland beim Einkauf auf einen Blick erkennen, ob bei der Produktion soziale und ökologische Mindeststandards beachtet wurden. Denn nur wenn Nachhaltigkeit nachgefragt wird, wird auch auf Dauer nachhaltig produziert.

Dr. Maria Flachsbarth MdB
ist Parlamentarische Staatssekretärin
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Wo drückt frau der Schuh?

MITREDEN



Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten sucht die Frauen Union Baden-Württemberg das Gespräch mit den Bürgerinnen. Hier ihr Bericht aus dem Ländle:

Das herauszufinden, um gute Politik von Frauen für Frauen machen zu können, ist ein Grundanliegen der Frauen Union. Gleichzeitig bewegt viele FU-Verbände derzeit die Frage, wie sie Frauen für die Politik begeistern und Kandidatinnen für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr gewinnen können.

In Baden-Württemberg entstand vor diesem Hintergrund die „Aktion MITREDEN.“ Eine kleine Gruppe aus dem Bezirksvorstand Nordbaden erarbeitete dazu unter der Federführung der Mitgliederbeauftragten Angelika Holzäpfel ein Konzept und erstellte Vorlagen für Pressemitteilungen, Plakate, Umfragekarten etc., auf die alle FU Orts- und Kreisverbände, die sich beteiligen wollten, zurückgreifen konnten.

Das Konzept verfolgte insbesondere folgende Ziele: Zum einen sollte die Aktion nach Möglichkeit zusammen mit CDU-nahen Kommunalpolitikerinnen durchgeführt werden, um so die Vernetzung in die politischen Gremien vor Ort hinein zu stärken. Gleichzeitig war die Hoffnung, dass die Begegnung mit aktiven Politikerinnen Frauen zu eigenem politischen Engagement motiviert. Daneben sollte insbesondere Frauen außerhalb von Wahlkampfzeiten die Möglichkeit gegeben werden, einmal ihre Sorgen und Ängste, aber auch Anregungen direkt an die Frau bringen zu können. Damit eng zusammen hängt der Wunsch, durch die „Aktion MITREDEN.“ die Themen für den kommenden Wahlkampf herauszufinden, welche die Menschen bewegen und mit denen sich punkten lässt. Nicht zuletzt sollte durch die konzertierte Aktion – sie wurde an allen Orten zeitgleich am 23. Juni von 10.00 bis 12.00 Uhr durchgeführt – die öffentliche Aufmerksamkeit erhöht werden. Um diesen Effekt noch zu verstärken war die Grundfarbe der Aktion pink.

Letzteres erwies sich – trotz mancher Diskussion – als wichtige Entscheidung. Die farblichen Akzente in Form von pinken Luftballons, T-Shirts, Sonnenbrillen, Schirmen u.v.m. waren echte Hingucker in den Fußgängerzonen und auf den Marktplätzen. Außerdem stachen die Fotos so in der anschließenden Presseberichterstattung heraus. Für die konkrete Ausgestaltung ihrer Stände bekamen die FU-Verbände zwar Tipps von den Initiatorinnen, auf genaue Vorgaben wurde jedoch verzichtet.

Dank der Unterstützung von Katrin Schütz (FU-Betriebsvorsitzende in Nordbaden) und Inge Gräßle (Landesvorsitzende in Baden-Württemberg) gelang es in 23 Städten und Gemeinden, Mitglieder der Frauen Union und Kommunalpolitikerinnen zum Mitmachen zu motivieren. Da sich neben größeren Städten wie Stuttgart, Rottweil oder Heidelberg auch mehrere kleine Gemeinden beteiligten, konnten so Frauen unterschiedlichster Milieus erreicht werden. Besonders freute das Team um Angelika Holzäpfel, dass auch die FU-Bundesvorsitzende Annette Widmann-Mauz mit ihrem Kreisverband Tübingen an der Aktion teilnahm.

Die Resonanz war von allen Seiten positiv. Viele Besucherinnen schätzten es, einmal außerhalb von Wahlkampfzeiten bei einer Tasse Kaffee oder einem Glas Sekt nach der eigenen Meinung gefragt zu werden. Erwartungsgemäß gab es insbesondere auf der lokalen Ebene viele unterschiedliche Themen, die die Frauen bewegten. Bei den überregionalen Themen zeichneten sich u.a. Bildung, Kinderbetreuung sowie die Pflege als Schwerpunkte ab.

Auf vielfachen Wunsch ist geplant, „MITREDEN.“ zu einer eigenen FU-Marke auszubauen, und die Aktion am 27. Oktober und am 11. Mai zu wiederholen – diesmal dann vielleicht bundesweit?!



Foto: manu/adobe.Stock.com

Brauchen wir eine allgemeine Dienstpflicht?

Pro

Foto: Tobias Koch



Hedi Thelen MdL, stellv. Vorsitzende der Frauen Union der CDU

Viele Jahre war es Ziel der Politik, die Ausbildungs- und Studienzeiten zu verkürzen. Die Verschulung des Studiums über den Bologna-Prozess, zum Teil verkürzte Schulzeiten bis zum Abitur und die Aussetzung der Wehrpflicht führen heute zu deutlich jüngeren Berufsanfängern als noch vor 10 Jahren.

Gleichzeitig hören wir Klagen über fehlende Reife junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – egal ob mit dualer Ausbildung, Fachschulausbildung oder Studium.

Auf der anderen Seite empfinden auch viele junge Menschen das Bedürfnis, sich eine Auszeit aus dem „Lernstress“ zu nehmen und z. B. über Work & Travel oder als Au-Pair andere Länder und Menschen und sinnvolles Tun erleben zu können.

Ein soziales Dienstjahr bietet jungen Menschen die große Chance, die eigene Persönlichkeit positiv zu bilden. Sie können Erfahrungen in Lebens- und Aufgabenbereichen sammeln, die ihnen einen viel breiteren und tieferen Einblick in viele Facetten unserer Gesellschaft ermöglichen. Sie können erleben, dass sie selbst anderen Menschen helfen können, dass sie positiv in ihren Aufgaben wirken können und ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind.

Nicht zuletzt leben sie mit ihrem Dienst Solidarität. Solidarität mit einer Gesellschaft,

die ihnen bis dahin viel Positives geboten hat: von Kitas bis zu Schulen und Universitäten, einer guten Infrastruktur, Gesundheitsversorgung u. v. m.

Kurze Dienstzeiten, z. B. nur 6 Monate, sehe ich kritisch. Positives eigenes Handeln braucht Anlernzeit. Außerdem müssen die Interessen derer gewahrt werden, die entsprechende „Dienststellen“ anbieten. Damit auch sie profitieren, sollte das Dienstjahr grundsätzlich ein Jahr dauern.

Ich bin von den positiven Wirkungen eines sozialen Pflichtdienstes für alle Beteiligten überzeugt und hoffe, dass sich verfassungskonforme Wege hierfür finden lassen. Soweit ein Pflichtdienst nicht möglich ist, muss das freiwillige soziale Jahr ausgebaut und durch stärkere finanzielle und sonstige Anreize (z. B. in der Rente) attraktiver werden.

Die Frage nach einer Stärkung des Gemeinsinns durch einen Dienst an der Gemeinschaft – ob freiwillig oder verpflichtend – bewegt viele Menschen an der Basis der CDU. Bei der Zuhör-Tour im Rahmen des Prozesses um ein neues CDU-Grundsatzprogramm kam das Thema oft zur Sprache.



Foto: Halfpoint/adobe.Stock.com

Der Vorschlag für eine allgemeine Dienstpflicht ist seit der Aussetzung der Wehrpflicht schon ein paar Mal diskutiert worden. Unabhängig von der schwierigen Rechtslage – es müsste der von den Müttern und Vätern verfasste Wortlaut des Grundgesetzes geändert werden – stellt sich die Frage, was muten wir den Frauen hier noch zu? Spätestens seit der Diskussion um eine Gleichstellungspolitik in der Lebensverlaufsperspektive wissen wir, dass die unterschiedlichen Biografieverläufe von Frauen und Männern kumulative Effekte haben. Diese sind häufig für geringe Rentenansprüche verantwortlich. Junge Frauen haben überdurchschnittlich gute Schulzeugnisse, entscheiden sich dann für eine Ausbildung oder ein Studium. Danach wollen sich die meisten im Beruf etablieren, ehe eine Familiengründung erfolgt und die Entscheidung für Kinder fällt. Schon jetzt ist das durchschnittliche Geburtenalter, vor allem bei höher qualifizierten Frauen, fast bei 30 Jahren angekommen. Eine Entwicklung, die auch aus medizinischer Sicht nicht gut ist. Im weiteren Lebensverlauf sind es gerade die Frauen, die einen Großteil der sogenannten „Sorgearbeit“ übernehmen. Für private Sorgearbeit wenden Frauen um die Hälfte mehr Zeit als Männer auf. Der „Gender Care Gap“ zwischen Männern und Frauen für unbezahlte Sorgearbeit beträgt 52 Prozent! In den Be-

rufen der erwerbsförmigen Sorgearbeit sind mehrheitlich Frauen tätig. Beispielsweise sind 87 Prozent der in Pflegediensten und 85 Prozent der in Pflegeheimen Beschäftigten Frauen. Ähnlich sieht es in der Kindererziehung und -betreuung aus. Wenn nach der Kinder-Familienphase dann den Frauen eine kontinuierliche Erwerbsarbeit möglich ist, kommt oft die Pflege von Verwandten hinzu.

Die Frauen Union setzt sich schon seit langem für die bessere Bezahlung von Berufen in der Kinderbetreuung, Häuslichen Pflege oder Altenpflege ein. Das ist eine zwingende Notwendigkeit, um armutsvermeidende Rentenansprüche durch eigenes Erwerbseinkommen zu erzielen. Ein verpflichtendes Dienstjahr konterkariert dies!

Eine Zeiterhebungsstudie des Statistischen Bundesamtes hat ergeben, dass die unbezahlte Arbeitszeit jene der bezahlten Sorgearbeit um das 1,7 fache übersteigt. Was wir brauchen, ist eine stärkere Anerkennung der jetzt schon freiwillig geleisteten Arbeit, z.B. auch bei der Berufsausbildung etwa in den Gesundheits- und Sozialberufen. All das verdeutlicht – Frauen brauchen keine Dienstverpflichtung, sie leisten freiwillig ihren großen Anteil für das Gemeinwohl. Ziel der Diskussion muss es sein, den Fokus auf das Mögliche und Richtige zu richten – für mehr Gleichstellung im Lebensverlauf.

Contra



Foto: Tobias Koch

Ingrid Petzold, stellv. Vorsitzende der Frauen Union der CDU

FU!



Zuhören – Diskutieren – Entscheiden

Zuhör-Tour mit Annegret Kramp-Karrenbauer

